



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08342**
Datum: 07.10.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.10.2009	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	03.12.2009	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	08.12.2009	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss		öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der
'papierlosen' Stadtratsarbeit**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung der ‚papierlosen‘ Stadtratsarbeit zum 01.08.2010.
Die Teilnahme an diesem digitalen Arbeitssystem bleibt freiwillig. Stadträtinnen und Stadträte, die es nicht nutzen wollen, erhalten wie gewohnt ihre Unterlagen weiterhin in Papierform.
2. Zur Nutzung dieses neuen digitalen Angebots wird jeder Stadträtin und jedem Stadtrat für die Dauer ihrer/seiner Gremienmitgliedschaft leihweise ein entsprechend geeignetes und ausgestattetes Notebook zur Verfügung gestellt.
Im Stadthaus werden die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen, alle Ausschuss- und Ratssitzungen komplett mit diesem System durchzuführen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Kosten- und Finanzierungskonzept so zeitnah vorzulegen, dass über die Aufnahme der Kosten in den Haushaltsplan des Jahres 2010 im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden werden kann.

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Zahlreiche andere Städte haben uns inzwischen vorgemacht – darunter als besonders gut vergleichbares Beispiel Magdeburg – dass moderne Stadtratsarbeit wesentlich effizienter und umweltfreundlicher möglich ist, als mit dem gewaltigen Berg von Papier und Kopien, der momentan Monat für Monat in Halle produziert und dann nach kürzester Zeit wieder entsorgt wird. Zurzeit erfolgt noch immer ein unnötiger Medienbruch, werden alle Unterlagen ausgedruckt oder kopiert, an die Stadträtinnen und Stadträte in Papierform versandt. Dadurch entstehen der Stadt Kosten, wird die Umwelt belastet, die Stadträtinnen und Stadträte müssen teilweise schwere Papierstapel mit sich führen und zudem sind umfangreiche Papierunterlagen wesentlich schwerer zu erfassen, als dies mit elektronischen Hilfsmitteln möglich würde. Als eindringlichstes Beispiel seien nur die jährlichen Haushaltsberatungen genannt, die sich mit einer elektronischen (und beispielsweise schnell durchsuchbaren) Vorlage deutlich einfacher gestalten dürften, als mit den umfangreichen Papierversionen, von denen viele Zwischenversionen innerhalb kürzester Zeit zu Papiermüll werden. Ein weiteres Beispiel sind die vielen teuren farbigen und großformatigen Planungs- und Bauunterlagen. Würden alle Unterlagen digital vorgelegt, so könnten auch so aufwändige Aktionen wie die Kurierzustellung der Verwaltungsantworten und -vorlagen jeweils am Freitag vor Stadtratssitzungen entfallen. Nicht zuletzt könnten Bürgerinnen und Bürger von einem weiter ausgebauten Ratsinformationssystem profitieren.

Wir beantragen daher aus Gründen des Umweltschutzes, zur Kostenreduzierung und zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit die Einführung des „papierlosen Stadtrats.“ Inzwischen gibt es ausgereifte, in vergleichbaren Städten schon lange produktiv eingesetzte Softwarelösungen für diesen Zweck, die bei entsprechender Entschlossenheit den Papierverbrauch (und dessen Folgekosten und Umweltfolgen) bis auf ein Minimum reduzieren können. Uns ist nicht ersichtlich, warum Halle da länger zurückstehen sollte.

In der Regel werden derartige kombinierte System aus zentralen Softwarelösungen und Notebook-Arbeitsplätzen durch die Stadträtinnen und Stadträte nach kurzer Zeit aufgrund ihrer inhärenten Vorteile (digitale Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung von Sitzungen; Kommunikation; vergleichsweise geringes Gewicht) sehr gut angenommen – in Magdeburg nutzen inzwischen 55 von 56 Stadträten das System. Und die Kommunen können sparen: Die einmaligen und regelmäßigen Kosten (Anschaffung Notebooks und Software, Wartung System) werden durch Kosteneinsparungen durch den weitestgehende Verzicht auf Papiervorlagen gegenfinanziert, z.B. bei Kopier-, Porto- oder anteiligen Personalkosten.

Da die Stadtverwaltung schon beim Ratsinformationssystem auf die Software SESSION der Firma SOMACOS einsetzt, sollte geprüft werden, auf dieser Basis weitere Produkte wie MANDATOS (mit dem Madgeburg seine papierarme Stadtratsarbeit umsetzt) und PORTAL (als Arbeitslösung für die Fraktionen) einzusetzen. Gleichwohl sollten alternative Softwarelösungen anderer Anbieter, insbesondere auch OpenSource-Lösungen, hinreichend ernsthaft geprüft werden, so dass in jedem Fall die bestmögliche, statt nur diese naheliegende, Lösung Verwendung findet. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass auch

bei nur zeitweise verfügbarem Internet-Zugang die Nutzung möglich ist (Offline-Fähigkeit). Zudem müssen Datensicherheits- und Datenschutzprobleme besonders aufmerksame Beachtung finden.

Vorteile für die Stadt(verwaltung)

- Kosteneinsparungen
- CO₂-Reduktion, geringerer Umweltverbrauch (kann durch die Verwendung möglichst wenig umweltbelastender, energiesparender und langlebiger Geräte noch verbessert werden)
- Aufwandsreduktion, höhere Mitarbeiterproduktivität (mehr Zeit für Inhalte statt Ärger mit Kopierproblemen)
- strukturell mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger: nach Umstellung auf ein volldigitales System können auch mehr Unterlagen für Bürger über SESSION freigeschaltet werden

Vorteile für die Stadträtinnen, Stadträte und Fraktionen

- bessere Arbeitsmöglichkeiten: strukturierter Zugriff auf Unterlagen statt Blättern im Papierstapel; Erschließung über Suchfunktionen (z.B. bei Haushaltsberatungen); schnelle Zur-Verfügung-Stellung von Vorlagen; bessere Kommunikation mit den Geschäftsstellen; ...
- stets Zugriff auf alle Unterlagen (quasi das Archiv in der Tasche)
- geringeres Gewicht (mit leichten Geräten ab 2 kg)
- bessere Arbeitsmöglichkeiten für die Fraktionsgeschäftsstellen
- Kommunikationsverbesserungen innerhalb der Fraktionen (falls Modul für elektronische Fraktionsarbeit eingeführt und genutzt wird)

Anlage 1: Kostenbetrachtung

Beispiel Magdeburg: Nach der Einführung des Ratsinformationssystem SESSION im Jahr 2004 begann in Magdeburg ein Reflektionsprozess, um die Kosten der papierintensiven Arbeitsweise zu reduzieren. Man gelangte zu der Überzeugung, durch die komplette Umstellung auf elektronische Arbeitsplätze mindestens 35.000,- € pro Jahr einsparen zu können.

Im November 2006 wurde entsprechend der Beschluss zu deren Einführung gefasst. 2007 fand eine viermonatige Erprobungsphase mit 17 Teilnehmern statt. Aufgrund deren Erfolgs wurde die Gesamt-Einführung zum 01.12.2007 gestartet. Da im Laufe dieser, 2009 beendeten, Wahlperiode noch nicht alle Stadträtinnen und Stadträte am System teilnahmen, waren die erzielten Einsparungen zunächst geringer, aber dennoch vorhanden.

Mit Beginn der neuen Wahlperiode stellt sich die Situation wie folgt dar: 55 von 56 Stadratsmitgliedern arbeiten papierlos, bei einer Laufzeit von 60 Monaten für 60 Arbeitsplätze rechnet man in Magdeburg mit jährlichen Betriebskosten zwischen 27.000,- € und 50.000,- €. (Die Angaben schwanken zwischen den Zahlen in Haushaltsplänen und den Angaben von Ratsfraktionen). Das Projekt arbeitet also – je nach Vergleichsmaßstab – mindestens kostenneutral oder aber mit deutlichem Einsparungen.

Auch in den Auswertungsberichten anderer Kommunen wird in der Regel von Kosteneinsparungen gesprochen, teilweise bis zu einem Drittel der vorherigen Kosten. Wir gehen also aufgrund der Erfahrungen anderer Städte davon aus, dass eine solche Umstellung mindestens kostenneutral möglich ist, in der Regel aber sogar Einsparungen erzielt werden.

Es lassen sich mindestens folgende Kosten bei weitestgehender Beendigung der bisherigen papierbasierten Praxis sparen:

- Papier (Anschaffung, Transport, Versand, Entsorgung)
- Kopierer, Drucker & Toner (Anschaffung/Leasing, Betrieb, Wartung, Entsorgung)
- anteiliger Personalaufwand beim Drucken/Kopieren, Verteilen, Transportieren, Versenden in der Geschäftsstelle Stadtrat, den Dezernaten und Ämtern oder der Hausdruckerei
- Porto & Transportkosten bei Dringlichkeitsvorlagen

Kosten für die elektronischen Arbeitsplätze entstehen durch die einmalige Anschaffung der Notebooks, einmalige und regelmäßige Lizenzkosten für Software sowie Wartung und Reparatur.

Beispielrechnung

Wir kennen den genauen Papierverbrauch der Stadtratsarbeit in Halle nicht, verfügbare Vergleichszahlen lassen jedoch nach unserer Sicht folgende Beispielrechnung zur Demonstration des Kostenpotentials unseres Vorschlags zu:

Gehen wir aufgrund einer vorsichtigen Schätzung davon aus, dass im Durchschnitt jeder Stadtrat pro Monat 1.000 DIN A4 Seiten an Material zugestellt bekommt, so summiert sich dies pro Jahr auf 12.00 Seiten. Macht bei 56 Stadträten schon 672.000 Seiten Papier.

Dies wären lt. den Verbrauchszahlen des Papieratlas 2009 etwas mehr als 6 % des Jahresverbrauchs der halleschen Stadtverwaltung (10,8 Millionen Blatt) – also wohl keine ganz unrealistische Annahme.

Allein für diese Menge dürften die Papierbeschaffung, das Kopieren und Versenden um die 36.000 € kosten. Die Kosten für großformatige oder farbige Kopien sowie die Kurierlieferungen sind hier noch gar nicht einberechnet.

Beispielrechnung

Papier:	672.000 Seiten x 0,005 € / Seite = 3.360,00 €
Kopieren (Geräte, Toner, Wartung, ...):	672.000 Seiten x 0,04 € / Seite = 26.880,00 €
Versandkosten:	2 x 4,40 € / Stadtrat & Monat = 5.913,60 €
	36.153,60 €

Aus den Berichten vieler anderer Städte und aus diesem exemplarischen Rechenbeispiel schlussfolgern wir, dass sich die Einführung elektronischer Arbeitsplätze für die Stadträte im Laufe einer Wahlperiode rentiert.

Anlage 2: Reduzierter Umweltverbrauch

Über die Kostenneutralität bzw. Einsparmöglichkeit hinaus spricht aus unserer Sicht der reduzierte Umweltverbrauch und CO₂-Ausstoß deutlich für eine papierarme Stadtratsarbeit. Auch wenn der Ressourcenaufwand für die Herstellung von Notebooks ebenfalls nicht unerheblich ist, so sind dennoch deutliche Einsparungen möglich.

2.134 kg	1.540 kg
CO₂Bilanz Papier	CO₂Äquivalent für 56 Notebooks
Durchschnittswert für 672.000 Seiten DIN A4	Durchschnittswert bei 15h Nutzung/Woche
<p>Folgen wir dem obigen Rechenbeispiel weiter, so haben 672.000 Seiten Papier (bei einem Ansatz von 2 kg für 500 Seiten Papier einer Dichte von 80 g/m²) ein Gewicht von 2.688 kg.</p> <p>Dies entspricht einem CO₂-Ausstoß von 2.134 kg (die Bilanz einer durchschnittlichen Tonne Papier beträgt laut dem Kritischen Papierbericht 2005 794 kg CO₂).</p>	<p>Das Fraunhofer Institut Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT hat in der Studie "Ökologischer Vergleich der Klimarelevanz von PC und Thin Client Arbeitsplatzgeräten 2008" die Klimarelevanz verschiedener Computer-Arbeitsplätze gemessen und verglichen. In diesem Vergleich wurden die Produktions-, Herstellungs-, Nutzungs- sowie die Entsorgungsphase berücksichtigt.</p> <p>Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das GWP (Global Warming Potential in kg CO₂eq pro Einheit) eines typischen Notebooks bei einer stationären Nutzung als Vollzeitarbeitsplatz und einer Nutzungsdauer von 5 Jahren bei 250 kg CO₂eq liegt. Dabei überwiegt die Betriebsphase (mit 63 bis 83 %) deutlich die Herstellungsphase als Emissionsquelle.</p> <p>Rechnet man dies mit einem anteiligen Wert von 75% für die Betriebsphase herunter auf ein Jahr und eine Teilzeitnutzung von 15 Stunden pro Woche, so dürfte der Wert für ein einzelnes Gerät bei 27,5 kg CO₂eq liegen, bzw. bei einer Flotte von 56 Geräten bei 1.540 kg CO₂eq.</p>

Mit dieser Beispielrechnung wird deutlich, dass ein papierarmer Stadtrat auch unter Klimaschutzgesichtspunkten vorteilhaft ist. Da wahrscheinlich der Papierverbrauch noch höher ist als oben angenommen (und man auch noch die Klimafolgen von Transport, Kopiergeräten etc. hinzurechnen müsste), sind hier sogar noch größere klimarelevante Einsparungen denkbar.



HALLE ★ *Die Stadt*

21. Oktober 2009

Dezernat I
Finanzen und Personal

Sitzung des Stadtrates am 28.10.2009

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

zur Einführung der „papierlosen“ Ratsarbeit

Vorlage-Nr.: V/2009/08342

TOP: 7.6

Stellungnahme:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag als Prüfauftrag zuzustimmen und gemeinsam mit dem Antrag IV/2009/07883 (Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zur Schaffung von elektronischen Arbeitsplätzen für die Ratsarbeit zu beraten.

Begründung:

Das Anliegen wird bereits bearbeitet. Die Verwaltung wird kurzfristig eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertretern der Stadtratsfraktionen, der Geschäftsstelle Stadtrat, des Amtes für Kommunikation und Datenverarbeitung und des Eigenbetriebes ZGM einberufen, um sich mit der komplexen Thematik der beiden Anträge auseinanderzusetzen.

Egbert Geier
Beigeordneter



Dezernat I
Finanzen und Personal

hallesaale[★]
HÄNDELSTADT

Halle (Saale), 14.04.2010

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen'
Stadtratsarbeit
Vorlage: V/2009/08342**

**Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit
Vorlage V/2009/08342**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt die Ablehnung der Anträge.

Begründung:

In der vorliegenden Form sind die Anträge abzulehnen, da die Inhalte zwischenzeitlich überholt sind. Zur Beratung der Anträge tagte eine Arbeitsgruppe, an welcher Vertreter einer jeden Fraktion, der Betriebsleiter des EB ZGM und Mitarbeiter der Verwaltung teilnahmen. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe wird die Verwaltung in Form einer gesonderten Vorlage im Mai 2010 in den Gremienlauf einbringen.

Egbert Geier
Beigeordneter